

EDITORIAL

KEINE UNBEGRENZTE AUFNAHMEFÄHIGKEIT

Über 200.000 Flüchtlinge sind im September nach Deutschland gekommen. Das sind mehr, als im ganzen Jahr 2014. Wenn der Zustrom in dieser Form anhält, sind die Kommunen mit der Unterbringung, Versorgung und späteren Integration der Flüchtlinge überfordert. Im Herbst 2015 müssen wir feststellen: Deutschlands Aufnahmefähigkeit für Flüchtlinge ist nicht unbegrenzt.

Notwendig sind nun nationale, europäische und internationale Strategien zur Begrenzung der Flüchtlingsströme. Es ist höchste Zeit, dass die Anreize für eine Einreise nach Deutschland für Menschen ohne Bleibeperspektive begrenzt werden. Es ist daher sinnvoll, die Leistungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen vorrangig in Form von Sachleistungen zu gewähren.

Auf der europäischen Ebene sollte Deutschland konsequent für den Schutz der EU-Außengrenzen eintreten. Dieser Schutz muss ergänzt werden mit einer größeren Zahl von europäischen Erstaufnahmeeinrichtungen entlang der Außengrenze. Dort müssen ein ordnungsgemäßes Registrierungsverfahren, eine menschenwürdige Unterbringung und die Entscheidung über den Asylantrag nach europäischen Standards sichergestellt werden.

Auf internationaler Ebene sollte Deutschland darauf drängen, dass verbindliche Vereinbarungen zwischen der EU und insbesondere den Ländern Türkei, Libanon und Jordanien getroffen werden. Dabei muss sichergestellt werden, dass die EU diesen Ländern, aber auch den internationalen Hilfsorganisationen, zum Beispiel UNHCR, hilft und der Flüchtlingsdruck nach Europa aus den Einrichtungen in diesen Ländern reduziert wird.

Schließlich brauchen wir für die bei uns bleibenden Menschen ein Integrationsgesetz auf der Ebene des Bundes und der Länder. Darin muss nach dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ festgeschrieben werden. Dazu gehört selbstverständlich auch das Bekenntnis zur Werteordnung unseres Grundgesetzes.



A handwritten signature in black ink, appearing to read 'G. Landsberg'. The signature is fluid and cursive, written over a white background.

Dr. Gerd Landsberg
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städte- und Gemeindebundes